

## Editorial

### Aufstieg, Niedergang und Renaissance der »Kritik der Politischen Ökonomie«

Brauchen wir eine Kritik der Politischen Ökonomie? Kein Zweifel, die Kritik der Politischen Ökonomie liefert keine einfachen Rezepte für die Lösung der brennenden Probleme der Zeit – Massenarbeitslosigkeit, Verschuldungskrise der Länder der Dritten Welt, hegemonialer Verfall der USA und damit Auseinanderbrechen der Weltwirtschaftsordnung, last not least ökologische Degradation; wie sollte sie auch, da sie die Ausbeutung des Menschen und der Natur als normales Funktionieren, Krise und Arbeitslosigkeit als notwendige Folgen des Kapitalismus analysiert. Wenn dem so ist, muß die Frage aufgeworfen werden: Bedarf eine Politik des Durchwurschtelns überhaupt einer ausgearbeiteten Kritik der Politischen Ökonomie? Wer bislang auf diese Frage keine Antwort wußte, wird sie nach der Diskussion um den Lafontaine-Vorschlag zur Umverteilung von Arbeit und Lohneskommen eindeutig mit »Nein« bescheiden müssen. Einsicht in die ökonomischen Mechanismen, die Arbeitslosigkeit hervorbringen, ist scheinbar überflüssig, es reichen die Grundrechenarten völlig aus: Man teile nur einen gegebenen »Arbeits- und Lohnfonds« durch einen kleineren Dividenden (Arbeitszeit und Lohn pro Mann/Frau) und erhält als Resultat mehr beschäftigte Menschen und damit zumindest eine Teillösung für das Problem der Arbeitslosigkeit.

Aber auch weniger abgeschmackte Vorstellungen als die eben erwähnte, bedürfen nicht unbedingt der Kritik der Politischen Ökonomie. Reformistische Veränderungen in Teilsystemen des Ökonomischen und Politischen lassen sich auch ohne Rückgriff auf kritische Gesellschaftsanalyse begründen. Die »Memoranden« der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, seit 1975 Jahr für Jahr zum 1. Mai – nach den Aschenputtel-Jahren inzwischen mit großem publizistischen Erfolg der Öffentlichkeit – präsentiert, sind dafür Zeugnis. Wozu also »Kritik der Politischen Ökonomie«? Oder anders: Wer und was benötigen heute noch eine Kritik der Politischen Ökonomie?

#### I.

Blicken wir einen Moment zurück auf eine Zeit, in der diese Fragen mit größerer Selbstgewißheit beantwortet wurden als heute. Während der 60er und frühen 70er Jahre wurde – im Gefolge der Studentenbewegung – in der BRD der Marxismus wieder verstärkt rezipiert. Dabei standen allerdings zunächst weniger die politökonomischen Arbeiten von Marx als vielmehr – in der Tradition der Frankfurter Schule – dessen Geschichtsphilosophie sowie neomarxistische Imperialismustheorien im Mittelpunkt. Von einer epochalen Verschiebung im Verhältnis Politik, Ökonomie und

Kultur war die Rede: Insbesondere Adorno und Horkheimer behaupteten eine der kapitalistischen Entwicklung inhärente Tendenz zur politischen Totalisierung der Ökonomie – mit einschneidenden Folgen für Inhalt und Funktion von Kultur und Ideologie: Die im marxistischen Basis-Überbau-Modell als relativ autonom konzipierte Kultursphäre galt fortan als eine den Implikationen von Politik und Ökonomie vollkommen untergeordnete. Massenmedial erzwungene Anpassung einer »abhängigen Majorität« an ihre vorgegebenen Lebensverhältnisse beschrieb die lange Zeit diskussionsbestimmende »Kulturindustrie-These« als einen Prozeß gelingender sozialer Kontrolle, der alle klassenspezifischen Erfahrungsweisen überformt und kollektive Emanzipationsprozesse von vornherein zu vergeblichen macht.

Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus mit ihrer Einflußforschung, aber auch Ralph Miliband mit seiner Staatsanalyse versuchten ihrerseits aufzuzeigen, wie ökonomische Macht sich im politischen System und durch seine Institutionen hindurch als politische Macht verdoppelt. Natürlich wurden Brüche nicht ausgeschlossen, doch war die Logik eindeutig: Nicht Interdependenz sondern Dependenz der Politik von der Ökonomie galten als das bestimmende Moment. Unterstützt wurden diese Erklärungsmuster durch gängige Imperialismus- und Monopolkapitalismusstudien, in denen die Politik eher als Dienerin der Ökonomie und ihrer Verwertungsnotwendigkeiten erschien.

Mit diesen Ansätzen konnte aufgezeigt werden, daß potentiell viel mehr Reichtum potentiell produzierbar ist als aktuell zur Bedürfnisbefriedigung der Menschen zur Verfügung steht. Der potentielle und aktuelle Surplus (Barán und Sweezy) fallen im kapitalistischen Regime auseinander. Die emanzipatorischen Bedürfnisse, von denen Herbert Marcuse (und später Rudolf Bahro) emphatisch sprachen, werden strukturell nicht befriedigt. Der Reichtum wird vergeudet, Knappheit wird aufrechterhalten und Knappheit ist Vorbedingung von Herrschaft, wie bereits Trotzki unterstrichen hatte. Zum anderen sind die Formen der Vergeudung des ökonomischen Surplus in Rechnung zu stellen: militärische Produktion und deren Nutzung zur Niederhaltung von Rebellionen des »revolutionären Subjekts«, das – wie Barán und Sweezy im Vorwort zu »Monopoly Capital« geschrieben haben – aus den Metropolen einen »Stellenwert« in die Dritte Welt vollzogen habe. Der Vietnam-Krieg und die Reaktionen auf ihn schienen diese theoretischen Ansätze und die daraus zu ziehenden politischen Schlußfolgerungen zu bestätigen.

## II.

Doch war dieser Ansatz zur Erklärung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie nicht zu einfach? War nicht endlich ein Blick in die »blauen Bände« der Marx-Engels-Werke (MEW) angezeigt? Mußte nicht die Form genauer analysiert werden, in der sich der ökonomische Prozeß abwickelt? Blieb nicht in den genannten Ansätzen völlig ungeklärt, warum sich die Menschen, obwohl sie Entfremdung und Konsumzwang ausgesetzt sind und den Verlockungen der Warenästhetik unterliegen und

obendrein unter der Vergeudung der Kriegsproduktion leiden, an ihrer Ausbeutung und Unterdrückung aktiv mitwirken oder sich dies alles zumindest gefallen lassen? Ende der 60er Jahre begann eine breite Beschäftigung mit dem Marx'schen »Kapital«. Der »wissenschaftliche Sozialismus« wurde jetzt zum dominierenden Paradigma. Der Marxismus wurde als eine Universalwissenschaft, die alle ökonomischen, gesellschaftlichen und historischen Probleme erklären konnte, gegen die etablierte Wissenschaft ins Feld geführt. Und das begründende Zentrum dieser Universalwissenschaft sollte die Kritik der politischen Ökonomie sein. Es gehörte in der Linken schon bald zum guten Ton, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit mit dem Widerspruch von Gebrauchswert und Tauschwert zu argumentieren.

Mit dem »wissenschaftlichen Sozialismus« wurde zugleich die Arbeiterklasse der kapitalistischen Metropolen als »revolutionäres Subjekt« wiederentdeckt und die Septemberstreiks von 1969 schienen dieses theoretische Ergebnis auch praktisch zu bestätigen. Große Teile der Protestbewegung wurden dazu motiviert, ihre intellektuellen und praktischen Kompetenzen auf den Aufbau einer revolutionären proletarischen Partei zu konzentrieren. Lenin und Mao spielten für diesen Teil bald eine bedeutendere Rolle als Marx. Die Kritik der politischen Ökonomie wurde in solchen Projekten als kanonisiertes Wissen betrachtet, die Analysen zunehmend phrasenhaft. Ein anderer Teil der ehemaligen Bewegung nahm die Kritik der politischen Ökonomie als wissenschaftliches Projekt ernst und unternahm den Versuch einer »Rekonstruktion«. Einerseits bildeten theoretische Probleme wie Logik und Aufbau des »Kapital«, Marx' Beziehung zu Hegel etc. Brennpunkte der Auseinandersetzung; andererseits wurde versucht, mittels »Realanalyse« die theoretischen Konzepte der Kritik der politischen Ökonomie zur Untersuchung des gegenwärtigen Kapitalismus und seiner ökonomischen Tendenzen nutzbar zu machen.

In der ersten Hälfte der 70er Jahre erlebte die Kritik der Politischen Ökonomie in der BRD einen Höhepunkt ihres Einflusses im inner- und außeruniversitären Bereich. Auch diejenigen, die sich wissenschaftlich mit der Kritik der Politischen Ökonomie auseinandersetzten, waren sich sicher, einen Adressaten zu besitzen: eine linke Bewegung, die über den Hochschulbereich hinausgewachsen war, fortschrittliche Gewerkschafter und schließlich (zumindest als Perspektive) eine sozialistische Arbeiterbewegung. Wissenschaft war nicht nur zum Bestandteil von Politik sondern auch zu deren Begründung geworden. In diesem Kontext entstand auch die PROKLA (damals noch mit vollem Titel »Probleme des Klassenkampf«). Im Editorial der ersten Nummer (November 1971) war zu lesen: »Mit den geplanten Arbeiten zu aktuellen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus, zur Theorie und Praxis des Revisionismus und Reformismus (insbesondere zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und zur Rolle der Gewerkschaften) sowie zu Problemen der Klassenanalyse verfolgen wir die Absicht, Elemente einer Taktik des revolutionären Kampfes für die Gegenwart zu gewinnen.«

### III.

Diese Zeit der Selbstgewißheit fand jedoch in der zweiten Hälfte der 70er Jahre ihr rasches Ende. Mit dem Scheitern der ML-Parteien, der Enttäuschung über das Ausbleiben revolutionärer Entwicklungen und dem Zerfall einer undogmatischen linken Bewegung wendete sich das Blatt. Der Marxismus im allgemeinen und die Kritik der politischen Ökonomie im besonderen gerieten in die Krise. Aber anstelle die eigenen Erwartungen und kurzschlüssigen Analysen einer kritischen Prüfung zu unterziehen, wurde jetzt die Theorie, die vorher die Politik anleitete und ihren Erfolg zu verbürgen schien, für das Scheitern der eigenen Träume verantwortlich gemacht. Ebenso unkritisch und schnell wie der Marxismus in den 60er Jahren von großen Teilen der Protestbewegung akzeptiert wurde, wurde er jetzt auch und gerade von vielen seiner früheren Protagonisten wieder verworfen. Alles was früher für ihn gesprochen hatte, sprach nun gegen ihn: der Anspruch Universalwissenschaft zu sein, war nun kein Vorteil mehr gegenüber der »bürgerlichen Wissenschaft« sondern der Erkenntnis der einzelnen Phänomene bloß hinderlich, die Kritik der Politischen Ökonomie, einst begründendes Fundament, wurde jetzt mit Ökonomismus identifiziert, der dem Denken und Handeln der empirischen Subjekte in keiner Weise gerecht wird. Und da die Arbeiterklasse, die einst mit vorgeblich wissenschaftlicher Präzision als »revolutionäres Subjekt« bestimmt worden war, die eigenen Revolutionshoffnungen enttäuscht hatte, wurde der »Abschied vom Proletariat« eingeläutet. Von nun an sollte der Versuch, Politik wissenschaftlich zu begründen, mit emanzipatorischer Praxis prinzipiell im Widerspruch stehen, »Theorie« wurde bisweilen sogar zum Schimpfwort. Diejenigen, die die Beschäftigung mit der Kritik der Politischen Ökonomie nicht aufgaben, vor allem inzwischen im Hochschulbereich Beschäftigte, hatten zumindest ihren Adressaten verloren, ihre Arbeit stand nicht mehr im Kontext eines revolutionären Projektes, was die Akademisierung der Debatten begünstigte: Die Auseinandersetzung konzentrierte sich vornehmlich auf die marxistischen oder nicht-marxistischen Fachkollegen.

### IV.

Inzwischen scheint allerdings die Ablehnung von Theorie im allgemeinen und des Marxismus im besonderen ihren Höhepunkt überschritten zu haben. Angesichts von weltweiter Krise, internationaler Verschuldung und Massenarbeitslosigkeit, zeigt sich, daß viele der modischen Theorien, die Ende der 70er Jahre den Marxismus weitgehend verdrängten, zur Aufklärung der aktuellen Probleme wenig beitragen können. Es wächst das Bedürfnis nach theoretischer Auseinandersetzung mit der Kritik der Politischen Ökonomie. Daß dies nicht in der enthusiastischen Form wie vor 20 Jahren geschieht, hat auch sein Gutes: Eine kritischere Auseinandersetzung mit der Kritik der Politischen Ökonomie wird nicht nur die Wiederkehr der früheren Omnipotenzvorstellungen verhindern, sie wird auch durch politische Konjunkturen weniger leicht zu erschüttern sein.

Bei einer erneuten Beschäftigung mit der »Kritik der politischen Ökonomie« kann zwar an alte Fragestellungen angeknüpft werden. Doch müssen zunächst die zum Teil kritischen Ergebnisse der Diskussion des letzten Jahrzehnts verarbeitet werden. Das Forschungsprogramm der »Rekonstruktion der Kritik der politischen Ökonomie« war eindeutig. Es galt, die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen »Kernstruktur«, und das sind diejenigen der Ökonomie, aufzuzeigen. Ökonomie, das war auf der einen Seite die Sachwelt der verdinglichten Verhältnisse, der »Sachzwänge«; das war die Bewegung des »automatischen Subjekts« und gleichzeitig der Generator von gesellschaftlicher Herrschaft und politischer Macht. Die entscheidende theoretische Konzeption zur Analyse der Ökonomie war die »Werttheorie«. Sie entschlüsselte die verdinglichten ökonomischen Formen, die die unreflektierten Ausgangspunkte der herrschenden ökonomischen Theorie bilden, als Formen der gesellschaftlichen Arbeit im Kapitalismus. Diese Arbeitswerttheorie wurde in den 70er Jahren aber nicht nur von etablierten mainstream-Ökonomen kritisiert sondern auch von marxistisch orientierten. Im Anschluß an das Transformationsproblem bei Marx (die Verwandlung von Werten in Preise) stellte sich nämlich die Frage, ob es überhaupt einen konsistenten Übergang von der durch Werte beschriebenen Kernstruktur der Ökonomie zu ihrer in Preisen erscheinenden Oberfläche gibt. Damit ist aber zugleich die Schlüssigkeit des gesamten Theorieprogramms der »Kritik der politischen Ökonomie« in Frage gestellt. Zumindest dann, wenn die kapitalistische Dynamik auf einen Allokationsmechanismus reduziert wird, ist die Werttheorie überflüssig: Die Bestimmung eines konsistenten Preissystems mit Durchschnittsprofitrate ist – wie spätestens seit Sraffa geklärt ist – auch ohne Wertrechnung möglich. Auf die »Kritik der Politischen Ökonomie« berufen kann sich heute nur, wer sich auch mit dem Transformationsproblem und seinen Implikationen für die Werttheorie auseinandersetzt. *Michael Heinrich* unternimmt dies in seinem Beitrag.

Ein weiteres für die Marxsche Theorie zentrales Problem gründet in dem Verhältnis von strukturtheoretischen und handlungstheoretischen Konzepten. Wie die Debatte um die Klassentheorie zutage gefördert hat (vgl. PROKLA 58), sind die Schablonen von Klassenstruktur und Klassenhandeln durchaus unterschiedlich. Ob hier eine Theorie rationaler Wahlhandlungen, ein in den letzten Jahren entstandener »rational choice marxism«, der beansprucht, die fortgeschrittensten Methoden und Konzepte der etablierten nicht-marxistischen Wissenschaft für den Marxismus fruchtbar zu machen, weiterhilft, wird in dem Beitrag von *Klaus Müller* untersucht.

## V.

Die Krisenanalyse bildet ein zentrales Thema der politökonomischen Debatte der 70er Jahre. Zum einen wurde der Versuch gemacht, die Marxsche Krisentheorie aus dem »Kapital« zu destillieren. Eine Krisentheorie als abgezirkelten Bereich hat Marx ja nicht hinterlassen; mit gutem Grund läßt sich aber das »Kapital« insgesamt als Krisentheorie auffassen. Die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise

werden auf ihre Dynamik hin untersucht, und deren Zuspitzung und Bereinigung können als die beiden zeitlich synchronen, aber analytisch zu trennenden Phasen der Krise ausgemacht werden.

In diesem Zusammenhang ist die Debatte um die Profitratenberechnung von Belang. In den frühen Nummern der PROKLA (Nr. 13; 14/15; 17; 22; 23) sind eine Reihe von theoretischen und empirisch orientierten Beiträgen zu diesem Thema erschienen. Worum geht es dabei? Empirisch steht die Frage nach der Relevanz der Profitrate für die Dynamik ökonomischer Prozesse (wie hängt der Akkumulations- und Wachstumsprozeß von der Höhe und Bewegungsrichtung der Profitrate ab?) im Vordergrund. Dieses Problem ist vordergründig betrachtet so schwierig nicht. Inzwischen liegen eine Reihe von Untersuchungen auch im internationalen Vergleich zur Entwicklung der Profitrate vor. Ohne Ausnahme zeigen sie – sofern man den Daten überhaupt vertrauen kann – eine fallende Tendenz der Profitrate seit den 60er Jahren. Mit einem geeigneten System von Indikatoren kann diese Tendenz interpretiert werden. Dabei wird die Annahme gemacht, daß zwischen empirischer Oberfläche (System der Marktpreise) und »Kernstruktur« (Wertsystem) ein homologisches Verhältnis besteht, d.h. daß die Bewegungsrichtung beider Systeme identisch sei. Ist sie der Kompression der Mehrwertrate durch Lohnsteigerungen und der Militanz der Arbeitskräfte geschuldet oder resultiert sie aus der Steigerung der organischen Kapitalzusammensetzung, die durch eine Erhöhung der Mehrwertrate nicht voll kompensiert werden konnte? Wenn die Profitrate für kapitalistische Entscheidungen zentral ist, dann muß auch nach den Verhältnissen gefragt werden, die ihre Höhe und Bewegung bestimmen, nach der »social structure of accumulation« (SSA), die den Focus der Analysen der US-amerikanischen »Radicals« bilden. Eine kritische Diskussion der Grundannahmen dieser »Schule« werden wir in der nächsten Ausgabe der PROKLA veröffentlichen. Die Ausdehnung der ökonomischen Analyse auf die sozialen Verhältnisse, institutionellen Regeln, staatlichen Interventionsformen, die die »economic performance« einer Gesellschaft definieren, ist als wesentlicher Fortschritt, den die Diskussion der 70er Jahre gebracht hat, festzuhalten. Die französische »école de la régulation« hat zur begrifflichen und empirischen Klärung dieses Sachverhalts Wesentliches beigesteuert. *Michel DeVroey* und *Jacques Cartelier* setzen sich in ihrem Beitrag aus ökonomietheoretischer Sicht kritisch mit ihr auseinander. Mitglieder der PROKLA-Redaktion bereiten zu diesem Thema einen PROKLA-Sonderband vor, der, von *Birgit Mahnkopf* herausgegeben, im Herbst 1988 im Verlag »Das westfälische Dampfboot« in Münster erscheinen wird.

## VI.

Es stellt sich allerdings auch die Frage nach der Reichweite und dem Charakter der ökonomischen Krise, deren Ausbruch möglicherweise mit der Entwicklung der Profitrate erklärt werden kann. Ist die Krise nur Durchgangsstadium im »ewigen« Auf und Ab des industriellen Zyklus oder ist die Krise als durchaus eigenständige Phase der Entwicklung zu begreifen, in der strukturelle Veränderungen (Strukturbruch und

Restrukturierung) größeren Ausmaßes ablaufen? Mitte der 70er Jahre dämmerte die Erkenntnis, daß es verschiedene Typen von Krisen gibt: kleine konjunkturelle Krisen und große strukturelle Krisen, die bislang im Brennpunkt der Theorien der Langen Wellen, in der Tradition von Kondratieff und Schumpeter, gestanden haben. Daß die Krise der 70er Jahre – anders als die Rezession von 1967 – eine »große Krise« sei, wird sowohl an ihrer geographischen Reichweite deutlich – fast die gesamte kapitalistische Weltwirtschaft ist in ihren Strudel, wenn auch ungleichmäßig und ungleichzeitig, einbezogen – als auch an ihrer zeitlichen Dauer und dem Umfang der gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozesse. Wenn zu erwarten ist, daß in der Krise Regulationsweise und Akkumulationsmodell verändert werden, dann ergeben sich wieder – abgesehen von historischen Forschungen – methodische Fragen einer »Phaseneinteilung« oder »Stufenfolge« des Kapitalverhältnisses: Wenn es im Verlauf der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise mehrere aufeinanderfolgende Regulationstypen und Akkumulationsmodelle gibt, ist deren Stellenwert gegenüber der grundlegenden kapitalistischen Entwicklungslogik zu begründen. Es sind dann Theorien unterschiedlicher analytischer Reichweite zu konstruieren. Kein leichtes Unterfangen jedenfalls; an ihm arbeitete sich bereits die Stamokap-Theorie ab, dessen Lösung gefunden zu haben, beansprucht die japanische Uno-Schule.

Wir befinden uns hier wieder an einer Schnittstelle, an der die institutionellen Bedingungen des Akkumulationsprozesses ins Blickfeld geraten. Die Analyse von Funktionen und Prozessen allein reicht offensichtlich nicht aus, um die Widersprüche der Produktionsweise in den Griff zu bekommen. Institutionen sind auf der einen Seite materialisierte Einrichtungen, andererseits aber auch immaterielle Regeln, Verhaltenskodices, Normen, Regime. Wenn Entscheidungen nicht blind der Funktionslogik des Akkumulationsprozesses folgen, sondern institutionalisierten Regeln gehorchen, dann ist der Ablauf eines historischen Entwicklungsprozesses nur zu beschreiben, wenn Kosten, Restriktionen bei Informationen und Handlungsalternativen etc. in Rechnung gestellt werden.

Der »Rahmen« von Ökonomie ist also explizit zu benennen, und dazu gehört auch die Ökologie ökonomischer Prozesse. Denn Produktion und Konsumtion, jede Handlung überhaupt transformiert Stoffe und Energie, vollziehen sich in Zeit und Raum. Die Konsequenzen, die sich daraus für eine ökologisch reflektierte Werttheorie ergeben, sind noch gar nicht ins Blickfeld der Kritik der Politischen Ökonomie gelangt, wenn von untauglichen Versuchen, die »Arbeitswerttheorie« auf die Natur auszudehnen, einmal abgesehen wird. Diesem Problem, das in der Umweltökonomie zum Teil höchst fragwürdige Antworten provoziert hat, können wir in diesem Heft nicht nachgehen; es wird uns zu gegebener Zeit beschäftigen.

## VII.

Sollen angesichts dieser Bedingungen Politische Ökonomie und ihre Kritik noch greifen, dann müssen die Kategorien sozusagen »globalisiert« werden. Wenn die bürgerliche Gesellschaft nur als ein Weltsystem interpretiert werden kann, dann sollte

auch das Weltsystem die zu untersuchende Einheit sein. Doch wie? Hat nicht die Debatte um die Dependenztheorie der späten 60er und frühen 70er Jahre gezeigt, daß ohne Analyse der je nationalstaatlichen »strukturellen Heterogenität« die über den Weltmarkt transportierte Dependenz gar nicht verständlich ist? Die nationalen und regionalen Gegebenheiten und jeweiligen Besonderheiten sind auch für die Akteure des Weltmarkts das in Rechnung zu stellende Ambiente. Das Problem mit der angemessenen Untersuchungseinheit läßt sich allerdings auflösen. Als einheitliche Weltökonomie ist das kapitalistische Weltsystem zugleich in Nationalstaaten gegliederte Verschiedenheit. Während Politik wesentlich national ist, ist die Ökonomie von vornherein international. Das Verhältnis von Politik und Ökonomie also ist in diesem Kontext neu dimensioniert in den Kategorien von Nationalität einerseits und Globalität bzw. Trans- oder Internationalität andererseits.

Wenn dem so ist, dann haben gerade Analysen des Währungs- und Kredit systems ihre unverzichtbare Bedeutung. Das Geld wirft nun nicht die jedermann geläufigen praktischen Fragen des Umgangs mit immer knappen Mitteln auf, sondern auch unge löste theoretische Probleme. Kaum ein »Bereich« der Kritik der Politischen Ökonomie ist so unterbelichtet wie die Geldtheorie, insbesondere wenn die verschiedenen Geldfunktionen (Zirkulationsmittel, Zahlungsmittel, Wertmaß) und deren Interferenzen in Rechnung gestellt und die Ausbildung des modernen, global wirksamen Kredit system berücksichtigt werden. Zur Schuldenkrise der Dritten Welt gibt es eine Fülle von Analysen, auch in der PROKLA, doch fehlt eine den Ansprüchen der Kritik der Politischen Ökonomie genügende Theorie des Geldes. Die »Geldkeynesianer« nun besetzen diese Lücke, indem sie die kapitalistische Struktur der Vergesellschaftung als Netz von Gläubiger-Schuldner-Verhältnissen rekonstruieren. Das Geldvermögen ist die zentrale Ausgangskategorie, von der her ökonomisches Verhalten der Akteure und »Systemverhalten« begründet werden. Das Geld, in dem Vermögen gehalten wird, konkurriert mit anderen (illiquiden) Formen der Vermögenshaltung, und Gelder (verschiedene nationale Währungen) konkurrieren mit pekuniären (Zinsen) und nicht-pekuniären (Sicherheit, Risikominimierung) Erträgen auf das jeweilige Vermögen. Von dieser Voraussetzung her lassen sich die internationale Schuldenkrise ebenso wie inflationistische Tendenzen etc. »ableiten«. Vom Geld her wird also der ökonomische Prozeß nach Meinung der »Geldkeynesianer« gesteuert, alternative Verwendungsmöglichkeiten von Vermögen bestimmen den Gang der Kapitalakkumulation. Daß der Geldkeynesianismus nicht unbedingt alternativ zur Kritik der politischen Ökonomie stehen muß, sondern sich bei einer bestimmten Lesart des Marx schen »Kapital« sogar als dessen Fortsetzung anbietet, versucht *Karl Betz* in seinem Beitrag aufzuzeigen.

## VIII.

Immer noch stellt sich eine »alte« Frage, die schon den Anfang der Debatte um die Rekonstruktion der Kritik der Politischen Ökonomie bestimmt hatte: diejenige



nämlich nach dem »Primat«. Primat der Ökonomie würde bedeuten: Primat der Kri-  
sentendenzen des Weltmarkts gegenüber nationalstaatlicher Politik. Nationale Poli-  
tikstrategien ebenso wie regionale, soziale und ökologische Kriterien sind in diesem  
Verständnis subaltern gegenüber den ökonomischen Tendenzen des Weltmarkts.  
Dabei ist natürlich in Rechnung zu stellen, daß diese »Subalternität« nicht notwen-  
digerweise Verluste und Kosten impliziert, sie kann zeitweise manchen Nationen  
durchaus Gratifikationen und einen Zuwachs von politischen Ressourcen bringen.  
Subalternität ist also asymmetrisch. Das beste Beispiel für den Fall der Begünstigung  
durch Weltmarktintegration ist die Bundesrepublik Deutschland, und Beispiele für  
die negativen Seiten der Integration bieten heute die meisten der verschuldeten Län-  
der. Doch sollte klar sein, daß Begünstigung und Benachteiligung nicht über die Exi-  
stenz von Subalternität nationaler Politik gegenüber globaler Akkumulation ent-  
scheiden. Vielmehr läßt es die Asymmetrie der Subalternität zu, daß davon einige  
Nationen profitieren, die vielen anderen aber nicht. Dieser These wird die kompara-  
tive Politikforschung vehement widersprechen. Die Asymmetrie selbst verdankt sich  
nach deren Analysen den unzweifelbaren Unterschieden von Politics, Policy und  
Polity einzelner Nationen und deren Kapazität, in unterschiedlichem Maße von der  
Weltmarktintegration zu profitieren bzw. den negativen Sachzwängen des Welt-  
markts politisch gegenzusteuern. Fritz W. Scharpf hat den Versuch unternommen,  
gegenüber den vom Weltmarkt ausgeübten »Sachzwängen« Politikstrategien zu for-  
mulieren, mit denen Gestaltungsspielräume zurückerobert werden können. Doch der  
Versuch ist bezeichnend genug: Der Weltmarkt liefert die Konstanten (z.B. das in-  
ternationale Zinsniveau), die Politik hat flexibel die abhängigen Variablen anzupas-  
sen. Bevor komparatistische Politikforschung ihre vergleichende Daten analysiert  
und Unterschiede in nationaler »Performance« unterschiedlichen Politiktypen zu-  
schreibt, hat der Weltmarkt bereits die Komparation durchgeführt.

*Elmar Altwater* hält in seinem Beitrag Scharpf die These entgegen, daß der inter-  
nationale Zinssatz eine unbrauchbare Meß- und Orientierungsplatte der durch die  
nationalstaatliche Wirtschaftspolitik in Gange gebrachten Anpassungsprozesse dar-  
stellt. Unter kritischer Bezugnahme auf die durch den Geld- und Vermögens-  
keynesianer Hyman P. Minsky formulierte Hypothese finanzieller Instabilitäten wird  
der Prozeß der Zinsbildung genauer untersucht und zu zeigen versucht, daß der  
Scharpfsche »Angebotskeynesianismus« zumindest ungenügend theoretisch fundi-  
ert ist.

## IX.

Der Kritik der Politischen Ökonomie ist also keineswegs ihr Gegenstand abhanden  
gekommen. Auch am Ende des 20. Jahrhunderts, mehr als 100 Jahre nach der Veröf-  
fentlichung des »Kapitals«, ist die Frage nach Funktion und Entwicklungstendenzen  
der kapitalistischen Produktionsweise noch aktuell. Die analytische Kraft der  
Politischen Ökonomie ist ohne Zweifel immer noch groß, aber die Gewißheit der

praktischen Umsetzung ihrer Resultate und Schlußfolgerungen ist dahin. Die Kritik des Alten geht ihr leicht von der Zunge, aber das Neue ist hinter den sozialen Verwerfungen der gegenwärtigen Krisenperiode schwer auszumachen. Kritik der Politischen Ökonomie ohne die Gewißheit auf eine neue Perspektive der (fordistischen) Gesellschaft wird eher als »Miesmacherei« wahrgenommen denn als ein notwendiger Beitrag zum Begreifen der Gegenwart. Wenn einer seine Lage erkannt hat, wie sollte der aufzuhalten sein?, fragt Bertolt Brecht. Und umgekehrt: Wer stillsteht, wird auf bestimmte Einsichten gut und gern verzichten wollen. Und außerdem: Kritik ist nicht immer praktisch, doch bequeme Arrangements mit und in der kapitalistischen Gesellschaft des ausgehenden Millenniums verunmöglicht sie. Das ist nicht viel, das ist nicht wenig. Das ist eben das, was wir heute zu leisten imstande sind.

Und mit Günther Anders wäre hinzuzufügen:

»Es genügt nicht, die Welt zu verändern. Das tun wir ohnehin. Und weitgehend geschieht das gar ohne unser Zutun. Wir haben diese Veränderungen auch zu interpretieren. Und zwar, um diese zu verändern. ...«

*Die Redaktion*